



„Da geht es im Extremfall um die Existenz“

Sie haben Asthma, Diabetes oder Rheuma – auch in der Schule. Was aber, wenn es bei der Hilfe für chronisch kranke Kinder durch Lehrer einmal Komplikationen geben sollte? Wer haftet dann? Die Lehrgewerkschaft beharrt auf voller Haftungsübernahme durch den Staat.

Lisa Nimmervoll

Wien – In Österreich gibt es mehr als 190.000 Kinder, die chronisch krank sind. Sie leben zum Beispiel mit Asthma, Allergien, Diabetes, Epilepsie oder Rheuma. Viele von ihnen brauchen ständig Medikamente und im Notfall schnelle Hilfe durch Erwachsene. Zu Hause sind das die Eltern – aber was ist in der Schule, wenn ein allergisches Kind beim Wandertag von einer Biene gestochen wird, beim Turnen einen akuten Asthmaanfall oder einen epileptischen Anfall hat? Dann sind die Lehrerinnen und Lehrer gefordert.

Über dieses rechtliche Problemfeld gibt es nun auf Juristenebene im Unterrichtsministerium eine Diskussion, die dem Vorsitzenden der Pflichtschullehrgewerkschaft Paul Kimberger „große Sorgen bereitet“, wie er im STANDARD-Gespräch sagt. Es geht um die angemessene Betreuung chronisch kranker Kinder in der Schule und die rechtliche Absicherung der Lehrerinnen und Lehrer, die die Gewerkschaft in Gefahr sieht – beides nämlich, die gute Versorgung der Kinder und den Schutz für die Pädagogen.

Starker Schutz des Staates

Bisher ist jede dieser Handreichungen für kranke Kinder, die über Erste Hilfe, zu der ohnehin jeder verpflichtet ist, hinausgeht, für den Fall, dass etwas passieren sollte, durch die Amtshaftung der Republik abgesichert, erklärt Kimberger: „Grundsätzlich hat die Republik gehaftet, weil die Lehrer als Organ der Republik tätig sind, wenn sie dem chronisch kranken Kind helfen. Nur wenn ein Lehrer oder eine Lehrerin grob fahrlässig handelt, kann direkt auf ihn oder sie zugegriffen werden. Das ist ein

wirklich starker Schutz, aber der ist auch notwendig.“

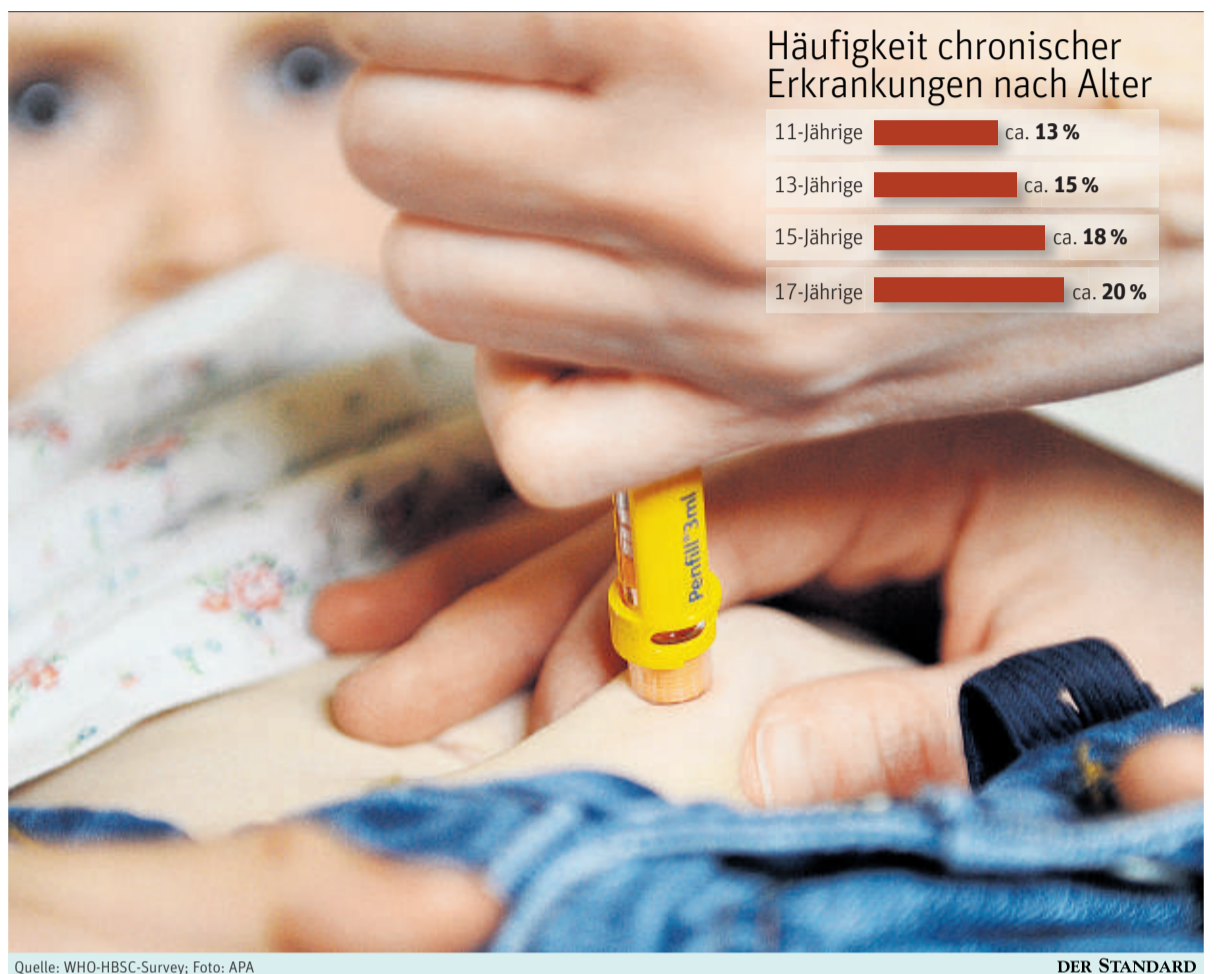
Aus Juristensicht stellt sich die Sachlage laut dem Lehrgewerkschaftschef diffiziler dar. Ausgehend davon, dass die Betreuung von chronisch kranken Kindern in der Schule durch Lehrer eine „freiwillige Leistung“ ist, zu der auch kein Pädagoge gezwungen werden kann, gibt es juristische Positionen, die meinen, „dass die Lehrer zivilrechtlich haftbar sind, wenn etwas passiert, weil sie das ja freiwillig machen“.

Finger weg!

Das sorgt natürlich für Alarmstimmung in der Lehrerschaft, und der Gewerkschaftschef sagt klar: „Wenn Lehrer hier durch den Dienstgeber Staat nicht mehr wirklich gut geschützt sind, kann ich nur jedem Lehrer sagen: Finger weg! Denn da geht es im Extremfall um die Existenz.“ Die Gewerkschaft wird in diesem Fall „die Empfehlung geben, die Betreuung und Aktivitäten mit chronisch kranken Kindern sehr restriktiv zu behandeln“, warnt Kimberger.

Das hätte weitreichende Konsequenzen: „Wir sind als Lehrer sehr daran interessiert, dass auch chronisch kranke Kinder alles mitmachen können, was Schule ausmacht – Skikurse, Ausflüge, Exkursionen etc. –, das wäre dann gefährdet.“ Die gewerkschaftliche Forderung für dieses Szenario würde lauten: „Bei jeder Schullandwoche müsste, wie in anderen Ländern durchaus üblich, eine diplomierte Krankenschwester oder ein Arzt dabei sein.“

Diese juristisch unsichere Lage „muss geklärt werden, um Rechtssicherheit zu haben – nicht nur für die Lehrer, auch für die Eltern und die Kinder“, fordert der Lehrgewerkschaftler. Dazu ist zuallererst



Quelle: WHO-HBSC-Survey; Foto: APA

Häufigkeit chronischer Erkrankungen nach Alter



die politische Zuständigkeit zu klären: Wer ist für diese gesundheitlichen Unterstützungsleistungen zuständig? Das Unterrichts- oder das Gesundheitsministerium? Ende August gibt es einen Termin bei Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser (SPÖ).

„Grottenschlechte“ Zustände

Kritik an der aktuellen Versorgung chronisch kranker Kinder in der Schule kommt derzeit auch von der Österreichischen Liga für Kinder- und Jugendgesundheit. „Aus der Perspektive der Kinder und Eltern ist sie grottenschlecht geregelt“, sagt Liga-Präsident Klaus Vavrik dem STANDARD. Nicht nur, dass es eine extrem schlechte Datenlage über die betroffenen Kinder gebe: „Kinder mit chronischen

Erkrankungen erleben zu einem großen Teil Einschränkungen, etwa, dass sie nicht die volle Schulzeit absolvieren oder nicht an Projektwochen oder Ausflügen teilnehmen dürfen, aus Angst, dass sie Medikamente brauchen“, kritisiert der Kinder- und Jugendpsychiater. „Dabei wäre es auch Aufgabe des Lebensraumschule, diese Kinder zu integrieren.“

Vavrik hat Verständnis dafür, „dass nicht alles auf die Lehrer abgewälzt werden kann“. Er plädiert für Schulgesundhetsteams, in denen Schulärzte, Psychologen, Sozialarbeiter etc. zusammenarbeiten, um die Bedürfnisse nicht nur chronisch kranker Kinder abzudecken. Denkbar wären weiters „Schulgesundheitskompetenzzentren“ auf Bezirksebene.

Auch notwendige Therapien wie Ergotherapie oder Logopädie könnten vor Ort angeboten werden, wie es das in einigen Wiener Schulen bereits gibt.

Vavrik fordert zudem, die Kompetenzen der Schulärzte auszuweiten. Derzeit dürfen sie keine Diagnosen erstellen oder therapeutisch tätig werden, sondern nur Lehrer beraten und die bekannten „Reihenuntersuchungen“ (Größe messen, Wirbelsäule anschauen etc.) durchführen.

Vavriks Schulvision sähe so aus, dass es für alle Beteiligten eine „Selbstverständlichkeit ist, dass man einem Kind bei Bedarf beim Verabreichen eines Asthmasprays hilft, dass es aber auch Gesundheitspersonal braucht“.

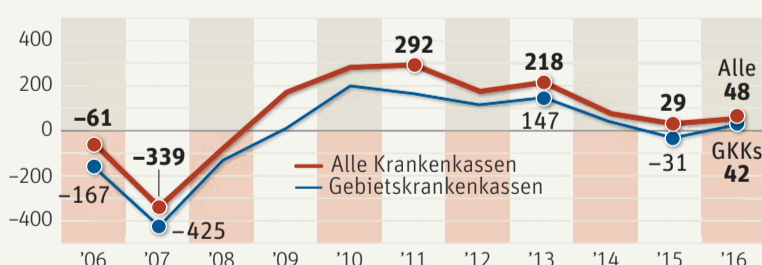
Kommentar Seite 24

Krankenkassen erwarten 48 Millionen Euro Überschuss

Hauptverantwortlich dafür ist Vertrag mit Pharmawirtschaft zur Begrenzung der Medikamentenkosten

Krankenkassen erwarten wieder Plus

Bilanzsaldo in Millionen Euro, 2016 Voranschlag



Einzelne Kassen	2015	2016	2015	2016
GKK Bgld	±0	±0		
GKK NÖ	±0	±0		
GKK Ktn	+5,6	±0		
GKK OÖ	-14,2	+3,0		
GKK Sbg	+4,6	+6,6		
GKK Stmk	±0	±0		
GKK Tirol	-7,0	-10,7		
GKK Vbg	-2,9	-0,9		
GKK Wien	-16,6	+44,1		

Quelle: APA, Hauptverband

DER STANDARD

Wien – Die Krankenkassen verbessern ihre Prognose für heuer weiter. Im Februar hatten sie noch ein Defizit von 94 Millionen Euro erwartet, im Mai waren sie dann schon von einem Überschuss von 3,9 Millionen Euro ausgegangen, im jetzt aktualisierten Voranschlag prognostizieren sie ein Plus von 48 Millionen. Hauptverantwortlich dafür ist der Vertrag mit der Pharmawirtschaft zur Begrenzung der Medikamentenkosten.

Für heuer erwarten nach der jüngsten Prognose des Hauptverbandes nur noch die Gebietskrankenkassen von Tirol und Vorarlberg ein negatives Ergebnis. (siehe Grafik rechts) Die Wiener Kasse, die lange Zeit als größtes Sorgenkind gegolten hatte, prognostiziert nun ein Plus von 44,1 Millionen Euro. Hauptverantwortlich dafür ist eine Zahlung aus dem Ausgleichsfonds der Kassen.

Von den ständischen Kassen erwarten jene der öffentlich Bediensteten und die SVA der gewerblichen Wirtschaft negative Ergebnisse. Bei den Beamten wur-

de der Selbstbehalt von 20 auf zehn Prozent halbiert.

Hauptgrund für die deutliche Verbesserung der Prognose gegenüber dem Voranschlag vom Februar ist das Pharmapaket. Der zwischen Hauptverband und Pharmawirtschaft abgeschlossene Vertrag zur Kostenbegrenzung bei Medikamenten war im Februar noch nicht eingerechnet. Jetzt sind die 125 Millionen Euro, die die Pharmafirmen heuer an die Krankenversicherungsträger zahlen, schon berücksichtigt. 2017 und 2018 sollen demnach zehn Millionen Euro pro Prozentpunkt Kostensteigerung gezahlt werden, maximal jedoch 80 Millionen Euro pro Jahr.

Kostentreiber Zahnpange

Relativ stark mit einem Plus von 9,1 Prozent sollen heuer die Ausgaben für Zahnbehandlungen steigen. Mit ein Grund dafür ist die Gratiszahnpange für Kinder und Jugendliche. Im Vorjahr haben die Krankenkassen insgesamt mit einem Plus von 29,1 Millionen Euro abgeschlossen. (APA, nim)

NAMEN



Ex-Bundeskanzler **Werner Faymann** hat einen neuen Job. Zwar vorerst nichts „im Rahmen der EU“, wie der SPÖ-Politiker seinen neuen Berufs-

wunsch nach seinem Rücktritt am 9. Mai via Interview mit der Tageszeitung *Osterreich* formuliert hatte, das internationale Parkett betritt er dennoch: Faymann wird Sondergesandter von Uno-Generalsekretär **Ban Ki-moon**. Sein künftiges Thema: der weltweite Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit.

Faymann habe eine „langjährige und proaktive Rolle bei der Eröffnung von Chancen für junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt in Österreich“ eingenommen, würdigte sein neuer Chef den ehemaligen Kanzler. Einen Sondergesandten zum Thema Jugendarbeitslosigkeit hat es zuvor noch nicht gegeben. Ban erhoffte sich von Faymann, dass er die globale Initiative für ordentliche Jobs für Jugendliche vorantreibt. Der ehemalige SPÖ-Chef startet seine Tätigkeit im September und führt sie ehrenamtlich aus. (APA, mika)

Foto: APA/Fohringer